

7400
Bogner Sommer &

Outlet-Pläne verstärken die Spannungen

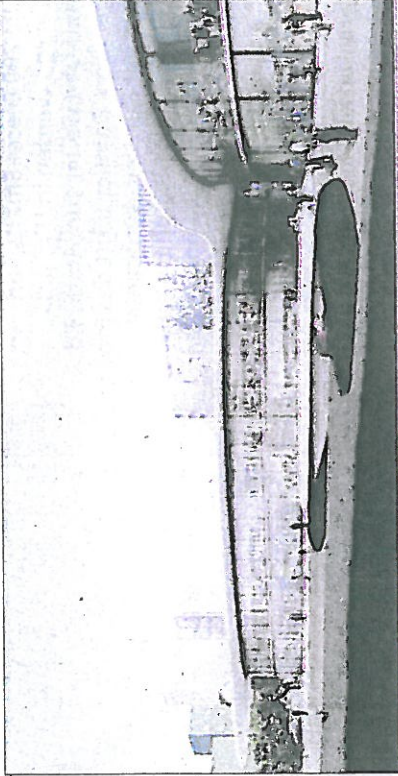
Schweizer wollen in Grenznähe ein Einkaufszentrum bauen – Deutsche erheben Einspruch

In Wigoltingen, 20 Kilometer hinter der deutschen Grenze, will ein Investor ein riesiges Outlet-Center bauen. Konstanz, Radolfzell und Singen sind dagegen, die Schweizer empört über die Einmischung.

PETRA WALHEIM

Konstanz/Wigoltingen. Die Gemeinde Wigoltingen im Kanton Thurgau hat rund 2100 Einwohner. Die deutsche Grenze ist rund 20 Kilometer entfernt. Der Ort ist landwirtschaftlich geprägt – noch. Wenn das Einkaufszentrum „Edelreich“, das am Ortsrand gebaut werden soll, realisiert wird, könnte sich das ändern. 2012 soll dort eines der größten Outlet-Center Europas, auf jeden Fall das größte der Schweiz öffnen. Die drei Baukörper sollen zusammen eine Verkaufsfläche von rund 30 000 Quadratmeter bieten. Zum Vergleich: Die bekannte „Outlet-City“ Metzingen beherbergt 70 Geschäfte auf einer Verkaufsfläche von 60 000 Quadratmetern.

Das Outlet in der Schweiz wird 180 bis 200 Millionen Franken kosten. Steht der Bau, bietet er 90 bis 120 Geschäften Platz. Die Investoren und Grundstücksbesitzer, die JTM Rütene AG in Wigoltingen, rechnen damit, dass täglich 2000 bis 2500 Kunden aus einem Einzugsgebiet anreisen, das bis Tuttlingen und Ravensburg reicht.



Bis zu 120 Geschäfte sollen im elegant gestalteten Outlet-Center Wigoltingen Platz finden. Computergrafik: Holzer Kobler Architekturen GmbH

Konstanz, Radolfzell und Singen sind näher dran. Deshalb haben die Städte prompt Einspruch erhoben gegen die Pläne des Nachbarn. Oberbürgermeister Horst Frank (Freie Grüne Liste) aus Konstanz befürchtet eine zunehmende Verkehrsbelastung. Er geht davon aus, dass ein Großteil der Kunden aus Deutschland den Weg durch Konstanz wählt. Das Outlet-Center bedeute eine Schwächung der Innenstädte und des Einzelhandels, schreibt er in seinem Einspruch. Außerdem wird nach seiner Ansicht durch den Bau die Raumordnung verletzt. Die Grundsatzziele der Raumordnung für Konstanz und Kreuzlingen sehen vor, dass großflächige Einzelhandelsbetriebe mit eigener Verkaufsfläche von mehr als 900 Quadratmetern beidseits der Lan-

desgrenzen nur in den Städten, nicht aber auf der grünen Wiese gebaut werden. Der Standort für das Outlet in Wigoltingen liegt zwar an der A7, nicht aber im Ort. Deshalb fordert Frank die Prüfung des Standorts aus raumplanerischer Sicht.

Der OB beruft sich weiter auf ein Gutachten der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung (GMA) vom 3. Februar 2010. Danach ist beim Bau eines Outlets in dieser Größe in Kommunen beider Länder „mit erheblichen strukturfördernden Auswirkungen zu rechnen“.

Der OB von Radolfzell, Jörg Schmidt, befürchtet eine Umsatzverteilung in Richtung Schweiz. Dabei dürfte er auch das „Seemax“ im Blick haben, das Radolfzeller Outlet-Center. Das soll von derzeit 4500 Quadratmetern auf 10 000 Quadrat-

meter erweitert werden. Der Waldshuter Landrat und Vorsitzende des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, Tilman Bollacher, hält ein Outlet in dieser Größe auch nach Schweizer Recht für nicht genehmigungsfähig. Auch der Singener OB Oliver Ehret hat Bedenken angemeldet. Sein Sprecher Michael Hübner betont: „Das ist keine Kampfansage, sondern ein Gesprächsangebot.“ Ohnehin sei nicht klar, ob Einsprüche von deutscher Seite rechtlich relevant seien. Davon abgesehen sorgen die Schreiben aus Deutschland bei einigen Eidgenossen für erheblichen Wirbel. Einige Schweizer verbitten sich eine Einmischung des „großen Nachbarn“. Peter Schütz, Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes, hat den Konstanz OB sogar aufgefordert, den Einspruch zurückzunehmen.

Zu bedenken gilt, dass die Schweizer auch einiges auszuhalten haben: In Konstanz gibt es das Einkaufszentrum „Lago“ mit 70 Geschäften auf 15 000 Quadratmetern Verkaufsfläche. Viele Schweizer kaufen dort ein. In Planung ist in Grenznähe ein großes Kongress- und Konferenzzentrum. Obwohl die Verwaltungschefs das gut nachbarschaftliche Miteinander immer wieder betonen – zuletzt bei einem Treffen des Internationalen Städtebunds Bodensee – wächst die Zahl der Reibungspunkte: Seit Jahren wird über grenznahe Atommülldeponien, Fluglärm gestritten, und nun auch über das Bankgeheimnis.

Handwritten notes and scribbles at the bottom of the page.

Rechtsstreit

Rastatt wehrt sich gegen Ikea-Verbot

Der Rastatter Gemeinderat will beim Bundesverwaltungsgericht gegen das Ikea-Verbot in Revision gehen. Mit diesem Beschluss folgt der Gemeinderat der Empfehlung von Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch (CDU). Er hofft, das schwedische Möbelhaus könnte als Magnet wirken und Besucher nach Rastatt locken. Pütsch rechnet damit, dass das weitere Verfahren nun bis zu einem Jahr dauern wird. Eine Ikea-Sprecherin sagte: „Wir freuen uns sehr über diese Entscheidung und werden Rastatt bei der Revision mit juristischer Beratung unterstützen.“

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim hatte im Dezember vergangenen Jahres die Berufung der Stadt zurückgewiesen. Laut der Urteilsbegründung gefährdet die geplante Ansiedlung Ikeas in Rastatt den dortigen Einzelhandel. Deshalb sei der Bau nach dem Landesentwicklungsplan nicht erlaubt. Allerdings wurde die Revision beim Bundesverwaltungsgericht aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache zugelassen. Die Stadt will nicht hinnehmen, dass sie mit ihren rund 47 000 Einwohnern zu klein für ein Möbelzentrum mit 40 000 Quadratmeter Verkaufsfläche sei. /sw

SZ 02.03.10